

27.03.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

ich bin immer noch tief getroffen vom Absturz der Germanwings-Maschine. Wir haben die Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Dienstag mit einem stillen Gedenken an die Opfer des schrecklichen Absturzes von Flug 4U 9525 begonnen. Mein Beileid gilt allen Angehörigen der Absturzopfer und in Gedanken bin ich bei den Angehörigen.

Für mich als Vater von zwei Kindern im Teenager-Alter war besonders schockierend zu hören, dass auch eine Schulklassse aus NRW mit an Bord der Unglücksmaschine war. Es ist für uns alle wohl unvorstellbar, was die Familien dieser Kinder und auch die Schulkameraden in diesen Tagen durchmachen und welchen Schmerz sie durch dieses Unglück erleiden müssen.

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, im normalen Alltagsleben weiter zu machen. Da Deutschland das Institut der Staatstrauer nicht kennt bzw. dieses durch Beflaggung auf Halbmast ausdrückt, wurde von Mittwoch bis Freitag Trauerbeflaggung angeordnet. Auch die Flaggen auf dem Reichstag hingen auf Halbmast.

Auch wenn für uns alle die Welt nach einem so tragischen Ereignis stillstehen mag, muss das Leben dennoch weitergehen und wir haben in dieser Sitzungswoche wieder einige Gesetzesvorhaben debattiert.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Krawalle in Frankfurt nicht zu rechtfertigen

In der vergangenen Woche haben mit ungehemmter Brutalität vorgehende Gewalttäter die Menschen in Frankfurt am Main in Angst und Schrecken versetzt. Die Bilder von brennenden Polizeifahrzeugen, eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Straßenbarrikaden, Schäden an zahlreichen Privatautos und vor allem die hohe Zahl der verletzten Polizisten haben in ganz Deutschland Entsetzen und Unverständnis hervorgerufen. Bundesinnenminister de Maizière hat die Menschenverachtung dieser linken Gewalttäter auf den Punkt gebracht: „Wenn Sie ein Auto anzünden, in dem zwei Polizisten sitzen, da reden wir jetzt nicht über Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Wutbürger. Das ist möglicherweise versuchter Totschlag, wo man den Tod von Polizisten billigend in Kauf nimmt.“ Ganz offenbar haben die für die Veranstaltung verantwortlichen Personen gewusst, dass dabei Gewalt angewendet werden sollte. Sie sind daher für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Es ist eine Schande und spricht für sich, dass die Organisatoren einräumen, lediglich mit dem Ausmaß der Gewalt habe man nicht gerechnet. Wer so handelt, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Aktionsbündnisse, Medien, Parteien, Abgeordnete – niemand darf diese Gewalt relativieren, rechtfertigen oder auch nur Verständnis dafür haben. Eine demokratische Gesellschaft kann solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Da sollten alle mit uns einig sein: Keine Toleranz für Gewalttoleranz! Um das zu unterstützen, haben wir im Bundeshaushalt die Mittel für Programme wie „Demokratie leben!“ aufgestockt. Angesichts der Krawalle ist es gut, dass unser 1. Parlamentarischer Geschäftsführer bei der zuständigen Bundesfamilienministerin nachfragt, wie hoch hier der tatsächliche und prozentuale Anteil der Projekte ist, die sich explizit der Verhinderung bzw. Bekämpfung linksradikaler Gewalt widmen.

Ortsumgehung B74 reduziert Verkehr und Unfallhäufigkeit

Oft wurde ich in der Vergangenheit gefragt, ob denn Kosten, Aufwand und Nutzen für die Ortsumgehung B74 in erfolversprechender Relation stehen würden. Deshalb habe ich mich in dieser Woche mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, getroffen und mit ihm erneut über die Umgehungsstraße gesprochen.

Zurzeit unterzieht die Bundesregierung die für den Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Projekte – unter anderem die Ortsumgehung B74 – einer Plausibilitätsprüfung, bewertet sie gesamtwirtschaftlich und beurteilt sie hinsichtlich der netzkonzeptionellen und naturschutzfachlichen Aspekte. Die Ergebnisse hierzu sollen laut Auskunft des Bundesverkehrsministeriums frühestens im Herbst 2015 vorliegen. Die Gesamtkosten liegen mit rund 28 Millionen Euro für eine Ortsumgehung recht hoch – das liegt an den hohen naturschutzfachlichen Auflagen, die zu erwarten sind und die auch richtig sind.

Ich verweise aber auf den hohen verkehrlichen Nutzen, den die Ortsumgehung mit sich bringen wird: Das Bundesverkehrsministerium geht davon aus, dass der Verkehr sich bei Realisierung der Umgehungsstraße in der Ortsdurchfahrt Ritterhude um ca. 17 Prozent und in der Ortsdurchfahrt Scharmbeckstotel um ca. 46 Prozent reduzieren wird. In der Regel geht mit einer verkehrlichen Entlastung außerdem eine Erhöhung der Verkehrssicherheit einher.

Auch den Naturschutz und mögliche Auswirkungen auf die Hochwassersituation habe ich im Gespräch mit dem Staatssekretär angesprochen. Das Bundesverkehrsministerium geht nicht davon aus, dass das FFH-Gebiet „Untere Wümmeniederung, untere Hammeniederung mit Teufelsmoor“ beeinträchtigt wird. Auch der Hochwasserschutz werde nicht davon betroffen – das hat das Bundesverkehrsministerium mir zugesichert.

Ich bleibe nach wie vor dabei, dass die Ortsumgehung Ritterhude / Scharmbeckstotel richtig ist.

Treffen mit meinem ehemaligen Wahlkreismitarbeiter

In dieser Woche hatte ich Besuch von meinem ehemaligen Wahlkreismitarbeiter Jürgen Weber und seiner Frau Renate. Wir kennen uns schon lange und haben sämtliche Bürgermeisterwahlkämpfe sowie den Bundestagswahlkampf 2009 gemeinsam bestritten.

Renate und Jürgen sind dann aus privaten Gründen vor einigen Jahren ins baden-württembergische Biberach gezogen und haben unser schönes Langwedel hinter sich gelassen. Aufgrund der Entfernung sehen wir uns nicht so oft und deshalb habe ich mich umso mehr gefreut, als die beiden sich auf den Weg nach Berlin gemacht haben. Es war ein schönes Wiedersehen und selbst nach all den Jahren war es vertraut wie eh und je.



Die Maut kommt

Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit.

Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der Lkw-Maut funktioniert bereits ähnlich.

Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range